

Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses



HOCHTAUNUSKREIS

BESCHLUSSPROTOKOLL

der 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit
am Montag, den 12.12.2016, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.
Sitzungsdauer 10:00 Uhr bis 15:06 Uhr

A. Anwesend

Vorsitzende

Birgit Hahn

CDU

Dr. Nicole Demme
Alexander Hees
Alexander Jackson
Heidrun Kaunzner
Thorsten Schorr
Roland Seel
Gregor Sommer

13:30 - 14:08 Uhr

10:00 - 12:30 Uhr, 14:08 - 15:06 Uhr

SPD

Rebecca Schmidt
Dr. Stephan Wetzel

GRÜNE

Norman Dießner
Christina Herr
Hadmut Lindenblatt
Dirk Sitzmann

ab 12:20 Uhr

bis 12:20 Uhr

FDP

Dr. Stefan Naas
Dagmar Reuter
Ulrike Schmidt

10:00 - 12:30 Uhr, 13:53 - 15:06 Uhr

13:30 - 13:53 Uhr

AfD

Thomas Langnickel
Andreas Sell

FWG

Götz Esser

DIE LINKE.

Okan Karasu

bis 14:20 Uhr

REP

Kim-Philipp Nowak

Kreisausschuss

Ulrich Krebs
Uwe Kraft
Katrín Hechler
Gerd Arenz
Hartmut Haibach
Oscar Müller
Dr. Regina Sell

Schriftführer

Andreas Moskwa

Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen

Jürgen Banzer
Dr. Dagmar Charrier
Lars Keitel

Verwaltung

Bernd Abinet
Sascha Bastian
Thomas Feisel
Uwe Fink
Michael Frauenstein
Steffen Göring
Nina Haibach
Thorsten Hartwig
Felix Heuser
Pawel Janta
Maximilian Keller
Rainer Keller
Brit Kerfien
Ludwig Maiworm
Mirja Niederhäuser
Reiner Plomer
Nina Johanna Queßeleit
Peter Riegel
Maïke Stein
Swaantje Stelling

Gäste

Frau Dintelmann (Hochtaunus-Kliniken gGmbH)
Frau Dr. Hefty (Hochtaunus-Kliniken gGmbH)
Herr Knoche (Eigenbetrieb Oberurseler Werkstätten für Menschen mit Behinderung)

Herr Menges (Frankfurt RheinMain International Marketing of the Region GmbH)
 Herr Töpfer (Rhein-Main Deponie GmbH)

B. Eröffnung

Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Frau Birgit Hahn eröffnet die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
-----	---------------------------	--------------

1. Mitteilungen

Herr Landrat Krebs informiert über den aktuellen Schuldenstand, der entsprechende Bericht ist dem Protokoll als Anlage I beigefügt.

2. Frankfurt RheinMain International Marketing of the Region GmbH Betrauung durch den Abschluss eines Konsortialvertrages 2016/0208/KA

Herr Menges von der Frankfurt RheinMain International Marketing of the Region GmbH erläutert die Vorlage.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), FDP (2)
 Nein: GRÜNE (3)
 Enthaltung: AfD (2), FWG (1)

gefasster Beschluss

1. Dem Abschluss des in der Anlage beigefügten Konsortialvertrages durch den Hochtaunuskreis zur Bestätigung und Bekräftigung der Betrauung der Frankfurt RheinMain GmbH mit der Wirtschaftsförderung für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein Main wird zugestimmt.
2. Der Kreisausschuss wird beauftragt und ermächtigt, die im Zusammenhang mit der Betrauung erforderlichen rechtsverbindlichen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen. Hierzu gehören insbesondere die Unterzeichnung des Konsortialvertrages (Anlage 1) und die Fassung des in § 6 des Konsortialvertrages aufgeführten Beschlusses der Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung Frankfurt RheinMain GmbH anzuweisen, die mit der Betrauung übertragenen Aufgaben umzusetzen und den Konsortialvertrag einzuhalten.
3. Sollten sich insbesondere aus beihilferechtlichen oder steuerrechtlichen Gründen Änderungen des Konsortialvertrages als notwendig oder zweckmäßig erweisen, erklärt sich Kreistag mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses und dessen Anlagen nicht verändert werden. Sollten sich Änderungen ergeben wird der Kreisausschuss darüber informiert.

Der Konsortialvertrag ist als Anlage II dem Protokoll beigefügt.

3. Jahresabschluss 2015 und Lagebericht der Oberurseler Werkstätten für Behinderte 2016/0207/KA

Frau Hahn ruft die Vorlage sowie den Wirtschaftsplan 2017 der Oberurseler Werkstätten zur Beratung auf, Fragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Landrat Krebs und Herrn Knoche (Erster Betriebsleiter Eigenbetrieb Oberurseler Werkstätten) beantwortet.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FDP (2), AfD (2), FWG (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Jahresabschluss 2015 der Oberurseler Werkstätten für Menschen mit Behinderung – Eigenbetrieb des Hochtaunuskreises – wird gem. § 5 Nr. 11 und § 27 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz festgestellt.

Der im Jahresabschluss ausgewiesene Überschuss in Höhe von 419.186,37 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.

4. Bestellung des Abschlussprüfers für das Jahr 2016 für den Eigenbetrieb Oberurseler Werkstätten für Behinderte 2016/0206/KA

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FDP (2), AfD (2), FWG (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft CURACON GmbH wird gem. § 5 Nr. 13 und § 27 Abs. 2 Eigenbetriebsgesetz zur Abschlussprüferin der Oberurseler Werkstätten für Menschen mit Behinderung – Eigenbetrieb des Hochtaunuskreises – für den Jahresabschluss 2016 bestellt.

5. Auftragsvergaben über 5000 € im 3. Quartal 2016 2016/0192/KA

Die Zusammenstellungen der Fachbereiche Finanzservice und Einkauf, Schule und Betreuung, Hochbau, Informations- und Technologieservice über die Vergabe von Aufträgen über 5.000,00 € im 3. Quartal 2016 werden zur Kenntnis genommen.

6. Wohngebäude "Im Lech 9-11" in 61348 Bad Homburg v.d.Höhe; Abschluss eines Grundstückskaufvertrages 2016/0193/KA

In Erfüllung des Kreistagsbeschlusses vom 11.07.2016 nimmt der Haupt- und Finanzausschuss den abgeschlossenen Grundstückskaufvertrag über das Wohngebäude „Im Lech 9-11“ in 61348 Bad Homburg zur Kenntnis.

7. Neufassung der Abfallsatzung über die Entsorgung von Abfällen im Hochtaunuskreis (AbfS) 2016/0209/KA

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FDP (2)

Nein: ./.

Enthaltung: AfD (2), FWG (1)

gefasster Beschluss

Die Neufassung der Abfallsatzung (AbfS) wird beschlossen.

8. Beabsichtigte Eigenkapitalerhöhung der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH 2016/0211/KA

Frau Hahn ruft die Vorlage zur Beratung auf. Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Kraft beantwortet.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3)

Nein: AfD (2)

Enthaltung: FWG (1), FDP (2)

gefasster Beschluss

1. Der Vertreter des Hochtaunuskreises wird ermächtigt, der Kapitalerhöhung in der Gesellschafterversammlung der Nassauischen Heimstätte (voraussichtlich am 19. Dezember 2016) zuzustimmen. Die Einzahlungen auf die Kapitalerhöhungen sind ratierlich in vier gleichen Tranchen vorgesehen:

Tranche 1: 50 Mio. € seitens des Landes Hessen + X € seitens weiterer Gesellschafter (voraussichtlich im Jahr 2016)

Tranche 2: 50 Mio. € seitens des Landes Hessen + X € seitens weiterer Gesellschafter (voraussichtlich im Jahr 2017)

Tranche 3: 50 Mio. € seitens des Landes Hessen + X € seitens weiterer Gesellschafter (voraussichtlich im Jahr 2018)

Tranche 4: 50 Mio. € seitens des Landes Hessen + X € seitens weiterer Gesellschafter (voraussichtlich im Jahr 2019)

2. Der Hochtaunuskreis nimmt entsprechend des Anteils seiner bisherigen Beteiligung am Stammkapital zu gleichen Konditionen an der geplanten Kapitalerhöhung (ratierliche Einzahlung in vier gleichen Tranchen) teil.
3. Der Anteil an der Kapitalerhöhung erfolgt als Bareinlage.
4. Zur Finanzierung der Kapitalerhöhung im Jahr 2016 werden überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 17.031,00 € gemäß § 100 HGO bei Position 10.02.01 Allgemeine Wohnbauförderung, 8440 Erwerb von Beteiligungen genehmigt.

Es handelt sich um unvorhersehbare und unabweisbare Auszahlungen. Die Mehrauszahlungen werden durch Minderauszahlungen bei Position 01.01.11 Immobilienmanagement, 8410 Erwerb von Grundstücken in voller Höhe gedeckt.

9. Deponienachsorge; 2016/0229/KA
Abschluss einer Aufhebungsvereinbarung zwischen der Rhein-Main-Deponie GmbH und der RMA Rhein-Main-Abfall GmbH

Frau Hahn ruft die Vorlage sowie den Wirtschaftsplan 2017 der Rhein-Main-Deponie GmbH zur Beratung auf. Herr Landrat Krebs erläutert die Vorlage, Fragen der Ausschussmitglieder werden von ihm, Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Kraft und Herrn Töpfer von der Rhein-Main-Deponie GmbH beantwortet.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3)
 Nein: AfD (2)
 Enthaltung: FWG (1), FDP (2)

gefasster Beschluss

Dem Abschluss der als Anlage beigefügten Aufhebungsvereinbarung zwischen der Rhein-Main-Deponie GmbH und der RMA Rhein-Main-Abfall GmbH wird zugestimmt.

Die Aufhebungsvereinbarung ist als Anlage III dem Protokoll beigefügt.

10. Antrag der Gruppe DIE LINKE. 2016/0147/KT
Bericht zur aktuellen Situation der Hochtaunus-Kliniken
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen 2016/0147/KT/1

Frau Hahn ruft die Vorlage sowie den Wirtschaftsplan 2017 der Hochtaunuskliniken gGmbH auf. Zu dem Antrag leitet Herr Landrat Krebs mit einigen Vorbemerkungen ein, Frau Dr. Hefty von den Hochtaunus-Kliniken gGmbH berichtet zu den mit dem Änderungsantrag gestellten Fragen. Die entsprechende Präsentation ist als Anlage IV dem Protokoll beigefügt. Die Fragen der Ausschussmitglieder werden von Frau Dr. Hefty und Herrn Landrat Krebs beantwortet.

Herr Landrat Krebs sagt zu, noch vor der Sommerpause 2017 über den Stand der Kooperationsgespräche der Hochtaunus-Kliniken gGmbH mit dem Gesundheitszentrum Wetterau bzw. anderen möglichen Kooperationspartnern zu berichten.

Frau Hahn stellt einvernehmlich fest, dass der Bericht gemäß Antrag somit gegeben ist. Der Antrag ist damit umgesetzt.

11. Haushaltssatzung des Hochtaunuskreises für das Haushaltsjahr 2017, Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2016 bis 2020, Haushaltssicherungskonzept sowie Wirtschaftsplan der Oberurseler Werkstätten für das Wirtschaftsjahr 2017

I. Tischvorlagen

Herr Landrat Krebs führt erläuternd in die Beratungen zum Haushalt 2017 ein. Der Kreisausschuss hat mit Beschluss vom 12.12.2016 Änderungen am Entwurf des Haushaltsplans beschlossen, die neben folgenden Unterlagen als Tischvorlage vorgelegt werden:

- Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur, Sport und Freizeit vom 05.12.2016
- Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration vom 07.12.2016
- Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Verkehr und Umwelt vom 08.12.2016
- Änderungsliste zum Ergebnishaushalt 2017 (Beschluss KA vom 12.12.2016, Anlage V)
- Änderungsliste zum Finanzhaushalt 2017 und Investitionsprogramm (Beschluss KA vom 12.12.2016, Anlage VI)
- Änderungsliste zu Anlagen des Haushaltsplans 2017 (Beschluss KA vom 12.12.2016, Anlage VII)
- Auszug aus dem Protokoll der Bürgermeisterdienstversammlung vom 22.11.2016 (Anlage VIII)
- Stellungnahmen der Städte/Gemeinden
 - Gemeinde Wehrheim (Anlage IX)
 - Stadt Usingen (Anlage X)

Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass folgende Änderungsanträge bisher eingereicht wurden:

- 2016/0232/KT
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Schulsozialarbeit
- 2016/0232/KT/1
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Unterstützung Chöre
- hierzu 2016/0232/KT/1/1
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
- 2016/0232/KT/2
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Produktziel: kürzere Genehmigungszeiten bei Baugenehmigungen Produktbereich 10 Bauen und Wohnen, Produktgruppe 1001 Produkt 100101 Baugenehmigungen und baurechtliche
Verwaltungsverfahren
- 2016/0232/KT/3
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Radwegekonzept Produktbereich 14 Umweltschutz Produktgruppe 1401
Umweltschutzmaßnahmen Produkt 140101 Umweltmaßnahmen
- hierzu 2016/0232/KT/3/1
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
- 2016/0232/KT/4
Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion
Veräußerung der Liegenschaft Bundesausgleichsamt Bad Homburg
- 2016/0232/KT/5
Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion
Kündigung des Erbpachtvertrages der Taunusheimschule in Wehrheim
Teilprodukt 01011114
- 2016/0232/KT/7
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Produkt 05, Produktgruppe 051005 „Integration, WIR-Programm,“

- hierzu 2016/0232/KT/7/1
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
- 2016/0232/KT/8
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Vorbericht und Haushaltssicherungskonzept Haushaltsplan 2017
- 2016/0232/KT/9
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Personal
- 2016/0232/KT/10
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Beteiligungen Süwag Aktien
- 2016/0232/KT/11
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Produktbereich 08, Produktgruppe 0802, Sportstätten und Bäder
- hierzu 2016/0232/KT/11/1
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
- 2016/0232/KT/12
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt Produkt 040701 - Volkshochschulen
- 2016/0232/KT/13
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Taunus-Menü-Service GmbH
- 2016/0232/KT/14
Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion
Aufkündigung des Gesellschafter Vertrags mit dem Sankt Josef Krankenhaus Königstein
- 2016/0232/KT/15
Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Haushaltssicherungskonzept - Maria-Ward-Schule
Betr: Auflistung der freiwilligen Leistungen, S. 6
- 2016/0232/KT/16
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen
Pädiatisches Angebot an den Standorten der Hochtaunus-Kliniken in Bad Homburg und
Usingen; Produkt 07.01.01

Während der Sitzung wird noch folgender Änderungsantrag vorgelegt:

- 2016/0232/KT/17
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Produkt 040201 Kreisarchiv

II. Anhörung der Städte und Gemeinden zum Kreishaushalt 2017

Herr Landrat Krebs berichtet über die Anhörung im Rahmen der Bürgermeisterdienstversammlung am 22.11.2016. Im Rahmen der Anhörung wurden zwei Stellungnahmen abgegeben, die als Tischvorlage vorgelegt werden (Anlage IX und X).

Feststellung für das Protokoll durch die Vorsitzende:

Der Verpflichtung zur Anhörung der Ober-/Bürgermeister der kreisangehörigen Städte und Gemeinden zum Kreishaushalt gemäß Leitlinie zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Handhabung der kommunalen Finanzaufsicht über Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Städte und Gemeinden des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 06.05.2010 (Staatsanzeiger 21/2010 S. 1470) wurde entsprochen.

III. Wirtschaftsplan 2017 der Oberurseler Werkstätten

Feststellung für das Protokoll:

Die Betriebskommission der Oberurseler Werkstätten für Menschen mit Behinderung hat den Wirtschaftsplan 2017 in ihrer Sitzung am 01.11.2016 zustimmend zur Kenntnis genommen und dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FDP (2), AfD (2), FWG (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Wirtschaftsplan der Oberurseler Werkstätten für Menschen mit Behinderung ist beschlossen.

IV. Anlagen zum Haushaltsplan sowie Haushaltssatzung im Band 1

Die Ausschussvorsitzende Frau Hahn ruft die Anlagen zum Haushalt in Band 1 nacheinander zur Beratung auf.

- Vorbericht
- Haushaltssatzung
- Produktplan
- Deckungsvermerke
- Übersicht über die Gesamtwerte aller Ertrags- und Aufwandskonten

Zum Vorbericht wird der Änderungsantrag 2016/0232/KT/8 von Herrn Sitzmann begründet und beraten, die Abstimmung erfolgt später beim Haushaltssicherungskonzept.

Fragen der Ausschussmitglieder zum Vorbericht werden von Herrn Landrat Krebs und Frau Haibach (Fachbereichsleiterin Finanzservice und Einkauf) beantwortet.

Die von der Kreistagsfraktion GRÜNE eingereichten Fragen werden schriftlich zu Protokoll beantwortet (Anlage XI).

V. Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt wird beraten und Fragen werden beantwortet. Dabei wird produktbereichsweise vorgegangen und im jeweiligen Zusammenhang stehende Änderungsanträge werden beraten und abgestimmt.

Zum Ergebnishaushalt insgesamt wird ein Änderungsantrag behandelt:

2016/0232/KT/9

Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion Ergebnishaushalt, Personal

Beschlusstext

Der Kreistag beschließt: Zur Senkung der gestiegenen Personalkosten soll eine detaillierte Organisationsstrukturanalyse bis zur Sommerpause 2017 erfolgen. Gegenstand dieser Analyse sollen unter anderem mögliche frei werdende Stellen und dessen Nichtwiederbesetzung, Effizienz der

Arbeitsleistung einzelner Dezernate und Umstrukturierungsmöglichkeiten, sowie Umbesetzung einzelner Mitarbeiter bei besserer Auslastung von diesen sein.

Frau Schmidt begründet den Antrag, im Anschluss erfolgt die Aussprache.

Abstimmungsergebnis

Ja: FDP (2), AfD (2), FWG (1)

Nein: CDU (6), SPD (3)

Enthaltung: GRÜNE (3)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Zum Produktbereich 01 – Innere Verwaltung wird ein Änderungsantrag behandelt:

2016/0232/KT/5

Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion

Kündigung des Erbpachtvertrages der Taunusheimschule in Wehrheim

Teilprodukt 01011114

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Erbpachtvertrages der Taunusheimschule in Wehrheim umgehend zu kündigen.

Herr Landrat Krebs und Frau Kreisbeigeordnete Hechler erläutern den Sachstand der Überlegungen zu dieser Liegenschaft. Ein entsprechender Vermerk ist dem Protokoll als Anlage XII beigefügt.

Herr Landrat Krebs sagt für das Protokoll zu, vor der Sommerpause im nächsten Jahr nochmals zur aktuellen Situation zu berichten.

Herr Esser zieht den Antrag für die FWG-Kreistagsfraktion zurück.

Die Produktbereiche 02 - Sicherheit und Ordnung, 03 - Schulträgeraufgaben und danach 04 – Kultur und Wissenschaft werden aufgerufen und beraten. Im Produktbereich 03 werden jeweils die einzelnen Produktgruppen zur Beratung aufgerufen.

- Sitzungsunterbrechung von 12:30 bis 13:30 Uhr -

Herr Dr. Naas legt folgenden Änderungsantrag vor und begründet ihn:

2016/0232/KT/17

Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion

Produkt 040201 Kreisarchiv

Beschlusstext

Unter Produkt 040201 Kto. 6179000 Andere sonstige Leistungen wird der Ansatz um 3.000 € für den Ankauf von Archivgut, Bücher, Kunstwerken erhöht.

Unter Produkt 160201 Allgemeine Finanzwirtschaft Kto. 7710000 Zinsen sind diese um 3.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FDP (2), AfD (2), FWG (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Unter Produkt 040201 Kto. 6179000 Andere sonstige Leistungen wird der Ansatz um 3.000 € für den Ankauf von Archivgut, Bücher, Kunstwerken erhöht.

Unter Produkt 160201 Allgemeine Finanzwirtschaft Kto. 7710000 Zinsen sind diese um 3.000 € zu reduzieren.

Ergänzung der Verwaltung zu Protokoll:

Der Haushaltsansatz wird bei dem Produkt 040201, Konto 6100000 „Fremdleistung Erzeugnisse u.a. Leistungen“ ausgebracht, da es sich dabei um die korrekte Haushaltsstelle handelt.

Es werden die weiteren Änderungsanträge beraten:

2016/0232/KT/1

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE

Unterstützung Chöre

Beschlusstext

Die Erläuterung zu Produkt 040501 Musikpflege Konto 7127000 ist wie folgt neu zu fassen:

„Die Mittel werden auf Antrag Chören im Hochtaunuskreis für kreisweite Projekte gewährt.“

2016/0232/KT/1/1

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE

Unterstützung Chöre

Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen

Beschlusstext

Die Erläuterung zu Produkt 040501 Musikpflege Konto 7127000 wird wie folgt gefasst: „Die Mittel erhält der Sängerkreis Hochtaunus. Über die Verwendung entscheiden Sängerkreis und Kreis-ausschuss im Einvernehmen. Über die Verwendung ist ein Verwendungsnachweis zu führen.“

Herr Keitel übernimmt den Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktion für die Kreistags-fraktion GRÜNE.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), AfD (2), FWG (1)

Nein: ./.

Enthaltung: FDP (2)

gefasster Beschluss

Die Erläuterung zu Produkt 040501 Musikpflege Konto 7127000 wird wie folgt gefasst: „Die Mittel erhält der Sängerkreis Hochtaunus. Über die Verwendung entscheiden Sängerkreis und Kreis-ausschuss im Einvernehmen. Über die Verwendung ist ein Verwendungsnachweis zu führen.“

Der Antrag 2016/0232/KT/1 hat sich durch den Beschluss über 2016/0232/KT/1/1 erledigt.

2016/0232/KT/12

**Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt Produkt 040701 - Volkshochschulen**

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den VHS ein Konzept zu erarbeiten, nachdem Migranten, die aktuell nicht bereits einen Anspruch auf einen Deutschkurs haben, bei nicht ausreichenden Deutschkenntnissen eine Möglichkeit erhalten unabhängig von Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsstatus einen kostenfreien Deutsch-Kurs bei der Volkshochschule in ihrer Kommune belegen können. Die Auslagen für Unterrichtsmaterialien sollen in Form einer „Schutzgebühr“ erhoben werden. Bei erfolgreicher Ableistung eines Abschlusstestes sollen diese dem Teilnehmer wieder erstattet werden.

Unter Produkt 040701, Volkshochschulen, Kto. 7127000 sind die Zuschüsse an die Volkshochschulen um 50.000 Euro zu erhöhen.

Deckungsvorschlag:

Unter Produkt 160201, Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft, Kto. 7710000 sind die Bankzinsen um 50.000 Euro zu reduzieren.

Frau Schmidt begründet den Antrag für die FDP-Kreistagsfraktion, danach erfolgt die Aussprache.

Abstimmungsergebnis

Ja: FDP (2)

Nein: CDU (6), SPD (3), AfD (2)

Enthaltung: GRÜNE (3), FWG (1)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es wird der Produktbereich 05 - Soziale Leistungen aufgerufen und beraten. Zu diesem Teil liegen folgende Änderungsanträge vor:

2016/0232/KT/7

**Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Produkt 05, Produktgruppe 051005 „Integration, WIR-Programm,,**

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt, im Rahmen der Beteiligung des Hochtaunuskreises am Landesprogramm „WIR-Wegweisende Integrationsansätze realisieren“ (Produkt 051005) das Projekt „Mama lernt Deutsch und Papa auch“ auszuweiten und die Kurse im gesamten Hochtaunuskreis anzubieten. Hierzu ist zunächst der Bedarf in und die Übertragbarkeit auf andere Gemeinden des Hochtaunuskreises über Steinbach, Bad Homburg und Kronberg hinaus zu prüfen.

Zur Finanzierung sind im Rahmen der Zuschüsse lfd. Zwecke übrige Bereiche in Konto 7128000 zusätzlich entsprechende Mittel in Höhe von mindestens 20.000,- EUR vorzusehen.

2016/0232/KT/7/1

**Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Produkt 05, Produktgruppe 051005 „Integration, WIR-Programm,,
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen**

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt, im Rahmen der Beteiligung des Hochtaunuskreises am Landesprogramm „WIR-Wegweisende Integrationsansätze realisieren“ (Produkt 051005) das Projekt „Mama lernt Deutsch und Papa auch“ auszuweiten und die Kurse im gesamten Hochtaunuskreis anzubieten. Hierzu ist zunächst der Bedarf in und die Übertragbarkeit auf andere Gemeinden des Hochtaunuskreises über Steinbach, Bad Homburg und Kronberg hinaus zu prüfen.

Zur Finanzierung sind im Rahmen der Zuschüsse lfd. Zwecke übrige Bereiche in Konto 7128000 zusätzlich entsprechende Mittel in Höhe von mindestens 20.000,- EUR vorzusehen.

Die Städte und Gemeinden sollen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung erhalten, sofern sie selbst mindestens die Hälfte der Kosten übernehmen.

Frau Schmidt bringt den Antrag ein und erläutert diesen. Antrag und Änderungsantrag werden beraten. Es folgt die Abstimmung über den Änderungsantrag 2016/0232/KT/7/1.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FWG (1)

Nein: AfD (2)

Enthaltung: FDP (2)

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird beauftragt, im Rahmen der Beteiligung des Hochtaunuskreises am Landesprogramm „WIR-Wegweisende Integrationsansätze realisieren“ (Produkt 051005) das Projekt „Mama lernt Deutsch und Papa auch“ auszuweiten und die Kurse im gesamten Hochtaunuskreis anzubieten. Hierzu ist zunächst der Bedarf in und die Übertragbarkeit auf andere Gemeinden des Hochtaunuskreises über Steinbach, Bad Homburg und Kronberg hinaus zu prüfen.

Zur Finanzierung sind im Rahmen der Zuschüsse lfd. Zwecke übrige Bereiche in Konto 7128000 zusätzlich entsprechende Mittel in Höhe von mindestens 20.000,- EUR vorzusehen.

Die Städte und Gemeinden sollen einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung erhalten, sofern sie selbst mindestens die Hälfte der Kosten übernehmen.

Ergänzung der Verwaltung zu Protokoll:

Der Haushaltsansatz wird bei dem Produkt 051005, Konto 71220000 „Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden“ ausgebracht, da es sich dabei um die korrekte Haushaltsstelle handelt.

Der Antrag 2016/0232/KT/7 hat sich durch den Beschluss über 2016/0232/KT/7/1 erledigt.

Die Vorsitzende Frau Hahn ruft den Produktbereiche 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zur Beratung auf.

2016/0232/KT**Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Schulsozialarbeit****Beschlusstext**

Der Schulsozialarbeit kommt an den weiterführenden Schulen des Hochtaunuskreises eine immer bedeutendere Rolle zu und trägt wesentlich zu einer guten Qualität an den Schulen in Trägerschaft des Kreises bei.

Für den Haushalt 2017 sind die dafür vorgesehenen Haushaltsmittel um 150.000 € zu erhöhen.

Herr Dießner begründet den Antrag, anschließend wird dieser beraten.

Abstimmungsergebnis

Ja: GRÜNE (3), FDP (2), FWG (1)
Nein: CDU (6), SPD (3), AfD (2)
Enthaltung: ./.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Es folgt die Beratung über Produktbereich 07 – Gesundheitsdienste.

2016/0232/KT/14

Änderungsantrag der FWG- Kreistagsfraktion Aufkündigung des Gesellschafter Vertrags mit dem Sankt Josef Krankenhaus Königstein

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Beteiligung bzw. den Gesellschaftervertrag der Hochtaunus Kliniken mit dem St.-Josef-Krankenhaus Königstein, zum nächst möglichen Zeitpunkt aufzukündigen.

Herr Esser begründet den Antrag für die FWG-Kreistagsfraktion, anschließend wird dieser beraten.

Abstimmungsergebnis

Ja: FWG (1)
Nein: CDU (6), SPD (3), FDP (2)
Enthaltung: GRÜNE (3), AfD (2)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

2016/0232/KT/16

Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktion Pädiatrisches Angebot an den Standorten der Hochtaunus-Kliniken in Bad Homburg und Usingen; Produkt 07.01.01

Beschlusstext

In Produkt 07.01.01 des Haushaltsplans 2017 werden Mittel in Höhe von 200.000,- € zur anteiligen Finanzierung eines pädiatrischen Angebots an den Standorten der Hochtaunus-Kliniken in Bad Homburg und Usingen bereitgestellt.

Die Haushaltsmittel stehen unter dem Vorbehalt der Vorlage eines durch den Kreistag zu beschließenden Konzeptes über die Ausgestaltung und Finanzierung eines pädiatrischen Angebots. An der Finanzierung ist die Stadt Bad Homburg und der Förderverein Kinderklinik Bad Homburg e.V. zu beteiligen, wobei der Finanzierungsanteil des Hochtaunuskreises auf maximal ein Drittel zu begrenzen ist. Die Haushaltsmittel in Höhe von 200.000,- € sind mit einem entsprechenden Sperrvermerk zu versehen.

Die Mehrbelastung des Haushalts soll durch eine Anpassung der für 2017 kalkulierten Zinssätze an das tatsächliche aktuelle Zinsniveau ausgeglichen werden. Der Haushaltsplanentwurf geht von einem Zinssatz von 2,0% für neu aufzunehmende Investitionskredite und einem Zinssatz von 1,0% für Kassenkredite aus und liegt damit über dem aktuellen Zinsniveau.

Hr. Dr. Wetzel begründet den Änderungsantrag für die CDU/SPD-Kreistagsfraktionen, es folgt eine Aussprache.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3),

Nein: AfD (2)

Enthaltung: GRÜNE (3), FDP (2), FWG (1)

gefasster Beschluss

In Produkt 07.01.01 des Haushaltsplans 2017 werden Mittel in Höhe von 200.000,- € zur anteiligen Finanzierung eines pädiatrischen Angebots an den Standorten der Hochtaunus-Kliniken in Bad Homburg und Usingen bereitgestellt.

Die Haushaltsmittel stehen unter dem Vorbehalt der Vorlage eines durch den Kreistag zu beschließenden Konzeptes über die Ausgestaltung und Finanzierung eines pädiatrischen Angebots. An der Finanzierung ist die Stadt Bad Homburg und der Förderverein Kinderklinik Bad Homburg e.V. zu beteiligen, wobei der Finanzierungsanteil des Hochtaunuskreises auf maximal ein Drittel zu begrenzen ist. Die Haushaltsmittel in Höhe von 200.000,- € sind mit einem entsprechenden Sperrvermerk zu versehen.

Die Mehrbelastung des Haushalts soll durch eine Anpassung der für 2017 kalkulierten Zinssätze an das tatsächliche aktuelle Zinsniveau ausgeglichen werden. Der Haushaltsplanentwurf geht von einem Zinssatz von 2,0% für neu aufzunehmende Investitionskredite und einem Zinssatz von 1,0% für Kassenkredite aus und liegt damit über dem aktuellen Zinsniveau.

Der Produktbereich 08 – Sportförderung wird zur Beratung aufgerufen.

2016/0232/KT/10**Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Beteiligungen Süwag Aktien****Beschlusstext**

Der Kreistag beschließt: Die Beteiligung an der Süwag Energie AG in Höhe von 0,926 % ist an den Meistbietenden bis spätestens zum 31.03.2017 zu veräußern.

Herr Dr. Naas erläutert den Antrag, es folgt eine Aussprache.

Abstimmungsergebnis

Ja: FDP (2), AfD (2)

Nein: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3)

Enthaltung: FWG (1)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

2016/0232/KT/11**Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Produktbereich 08, Produktgruppe 0802, Sportstätten und Bäder****Beschlusstext**

Der Kreisausschuss wird beauftragt, für das Usinger Taunusbad, Produkt 080201, ein tragfähiges Konzept vorzulegen, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und damit die Belastung für den Kreishaushalt nachhaltig zu reduzieren. Dabei ist insbesondere anzustreben, dass Usinger Taunusbad bis zum 31.12.2017 von der Kommune Usingen, wenn möglich im Verbund mit Wehrheim und Neu Ansbach, übernehmen zu lassen. Erfolgt keine Übernahme durch Usingen oder der drei genannten Städte als Gemeinschaft so wird das Usinger Taunusbad zum 31.12.2017 geschlossen.

2016/0232/KT/11/1

Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion Ergebnishaushalt, Produktbereich 08, Produktgruppe 0802, Sportstätten und Bäder

Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktion

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt, für das Usinger Taunusbad, Produkt 080201, ein tragfähiges Konzept vorzulegen, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und damit die Belastung für den Kreishaushalt nachhaltig zu reduzieren. Dabei ist auszuloten, inwieweit eine Übernahme des Taunusbades durch die Stadt Usingen ggf. auch stückweise umgesetzt werden kann. Dem HFA ist zu berichten.

Für die FDP-Kreistagsfraktion begründet Herr Dr. Naas den Antrag, Herr Sommer erläutert den hierzu gestellten Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktion. Nach Beratung übernimmt Herr Dr. Naas den Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), GRÜNE (3), FDP (2), AfD (2), FWG (1)

Nein: ./.

Enthaltung: ./.

gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird beauftragt, für das Usinger Taunusbad, Produkt 080201, ein tragfähiges Konzept vorzulegen, um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern und damit die Belastung für den Kreishaushalt nachhaltig zu reduzieren. Dabei ist auszuloten, inwieweit eine Übernahme des Taunusbades durch die Stadt Usingen ggf. auch stückweise umgesetzt werden kann. Dem HFA ist zu berichten.

Der Antrag 2016/0232/KT/11 hat sich durch den Beschluss über 2016/0232/KT/11/1 erledigt.

Zu Produktbereich 10 – Bauen und Wohnen wird der vorliegende Änderungsantrag behandelt.

2016/0232/KT/2

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE

Produktziel: kürzere Genehmigungszeiten bei Baugenehmigungen Produktbereich 10 Bauen und Wohnen, Produktgruppe 1001 Produkt 100101 Baugenehmigungen und baurechtliche Verwaltungsverfahren

Beschlusstext

„Es wird das Produktziel Verkürzung der Genehmigungszeiten aufgenommen.“

Herr Sitzmann begründet dann Antrag für die Kreistagsfraktion GRÜNE, es folgt eine Aussprache.

Abstimmungsergebnis

Ja: GRÜNE (3), FDP (2), FWG (1)

Nein: CDU (6), SPD (3), AfD (2)

Enthaltung: ./.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Die Ausschussvorsitzende Frau Hahn ruft die Produktbereiche 11 Ver- und Entsorgung, 12 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV, 13 Natur- und Landschaftspflege und 14 – Umweltschutz zur Beratung auf.

2016/0232/KT/3

**Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Radwegekonzept Produktbereich 14 Umweltschutz Produktgruppe 1401 Umweltschutz-
maßnahmen Produkt 140101 Umweltmaßnahmen**

Beschlusstext

Zusätzlich werden eingestellt:

Konto 610000 Sach- und Dienstleistungen Planung Radwegekonzept + 100.000 €

Frau Herr erläutert den Antrag für die Kreistagsfraktion GRÜNE.

Abstimmungsergebnis

Ja: GRÜNE (3), FDP (2)

Nein: AfD (2), CDU (6), SPD (3)

Enthaltung: FWG (1)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

2016/0232/KT/3/1

**Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Radwegekonzept Produktbereich 14 Umweltschutz Produktgruppe 1401 Umweltschutz-
maßnahmen Produkt 140101 Umweltmaßnahmen
Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen**

Herr Sommer begründet den gestellten Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktion.

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt über die IVM prüfen zu lassen, inwieweit die überörtlichen Radwegeverbindungen vom Hochtaunuskreis nach Frankfurt ausgebaut und verbessert werden können. Sollten sich hierbei Ansätze ergeben, ist darauf hinzuwirken, dass diese regional umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), AfD (2)

Nein: ./.

Enthaltung: GRÜNE (3), FDP (2), FWG (1)

Gefasster Beschluss

Der Kreisausschuss wird beauftragt über die IVM prüfen zu lassen, inwieweit die überörtlichen Radwegeverbindungen vom Hochtaunuskreis nach Frankfurt ausgebaut und verbessert werden können. Sollten sich hierbei Ansätze ergeben, ist darauf hinzuwirken, dass diese regional umgesetzt werden.

Es folgt die Beratung über Produktbereich 15 – Wirtschaft und Tourismus.

2016/0232/KT/13
Änderungsantrag der FDP-Kreistagsfraktion
Ergebnishaushalt, Taunus-Menü-Service GmbH

Beschlusstext

Die TMS GmbH ist als kreiseigene Gesellschaft schnellstmöglich abzuwickeln. Der Verkauf an einen Privaten ist prioritär anzustreben.

Frau Schmidt begründet den Antrag, es folgt eine Aussprache.

Abstimmungsergebnis

Ja: GRÜNE (3), FDP (2), AfD (2)
Nein: CDU (6), SPD (3), FWG (1)
Enthaltung: ./.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Abschließend wird der Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft zur Beratung aufgerufen, Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Nach der Beratung erfolgt die Abstimmung über den Ergebnishaushalt.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3)
Nein: AfD (2), GRÜNE (3)
Enthaltung: FDP (2), FWG (1)

gefasster Beschluss

Der Ergebnishaushalt ist beschlossen.

VI. Finanzhaushalt einschließlich Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2016 – 2020

Der Finanzhaushalt wird beraten und Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Dabei wird produktbereichsweise vorgegangen.

Nach der Beratung erfolgt die Abstimmung über den Finanzhaushalt.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3)
Nein: AfD (2)
Enthaltung: GRÜNE (3), FDP (2), FWG (1)

gefasster Beschluss

Der Finanzhaushalt ist beschlossen.

VII. Stellenplan

Die Ausschussvorsitzende Frau Hahn ruft den Stellenplan nach den verschiedenen Abschnitten zur Beratung auf.

Nach der Beratung erfolgt die Abstimmung über den Stellenplan.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3)

Nein: AfD (2)

Enthaltung: GRÜNE (3), FDP (2), FWG (1)

gefasster Beschluss

Der Stellenplan ist beschlossen.

VIII. Kenntnisnahme der mittelfristigen Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 – 2020

Die Mittelfristige Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2016 – 2020 wird zur Kenntnis genommen.

IX. Weitere Anlagen zum Haushaltsplan einschl. Wirtschaftspläne verbundener Unternehmen im Band 2

Die Ausschussvorsitzende Frau Hahn ruft die weiteren Anlagen des Haushaltsplans aus Band 2 zur Beratung auf und stellt im Anschluss die Kenntnisnahme fest:

- Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- Übersicht der Fraktionsmittel
- Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten
- Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen
- Wirtschaftspläne:
 - Taunus-Gebäudeservice GmbH für 2017
 - Taunusdienste gGmbH für 2017
 - Taunus Menü Service GmbH für 2017
 - Hochtaunus-Kliniken gGmbH für 2017
 - Verkehrsverbandes Hochtaunus - Zweckverband - für 2017
 - Kinderbetreuung im Taunus (KiT) GmbH für 2017
 - RMD Rhein-Main Deponie GmbH für 2017

X. Haushaltssicherungskonzept

Das Haushaltssicherungskonzept wird zur Beratung aufgerufen, die hier gestellten Änderungsanträge werden behandelt.

2016/0232/KT/4

Änderungsantrag der FWG-Kreistagsfraktion

Veräußerung der Liegenschaft Bundesausgleichsamt Bad Homburg

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt, die Liegenschaft Bundesausgleichsamt Bad Homburg zu veräußern

Herr Erster Kreisbeigeordneter Kraft erläutert hierzu den Sachverhalt. Zu Protokoll wird folgendes mitgeteilt:

Werterhöhungsklausel:

Mit dem Grundstückskaufvertrag vom 28.08.2008 hat der Hochtaunuskreis das Gelände des ehemaligen Bundesausgleichsamtes (Insgesamt 19.977 m²) zu einem Kaufpreis von 5.526.000 € von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zur Erweiterung des Kaiserin-Friedrich-Gymnasiums erworben.

Da bei der Kaufpreisfindung von einer Gemeinbedarfsnutzung (Schulnutzung) ausgegangen wurde, wurde im Kaufvertrag eine Werterhöhungsklausel fest geschrieben. Hier hat der Kreis eine Nachzahlungsverpflichtung, sofern innerhalb von 10 Jahren planungsrechtlich höherwertige Nutzungsmöglichkeiten als „Gemeinbedarfsfläche Schule“ zulässig werden. D.H. sollte das Grundstück oder Teile davon innerhalb der 10-Jahresfrist planungsrechtlich z.B. als Wohnbebauung ausgewiesen werden so müssen wir den Differenzbetrag zwischen dem ursprünglichen Quadratmeterpreis (276,00 €) und dem dann höherwertigen Quadratmeterpreis an die BI zahlen.

Denkmalschutz:

Im Sommer dieses Jahres wurden das Haupt- und das Nebengebäude sowie ein Teil der „Parkanlage“ (wir schätzen hier rund 8.000 m²) unter Denkmalschutz gestellt. Für den Hochtaunuskreis kam die Unterschutzstellung des Gebäudes sehr überraschend, da das Landesamt für Denkmalpflege nach entsprechender Prüfung noch im Jahre 2010 davon ausging, dass das Gebäude nicht unter Denkmalschutz zu stellen ist.

Das Gelände des ehemaligen Bundesausgleichsamtes wurde ursprünglich zur Erweiterung des Kaiserin-Friedrich-Gymnasiums erworben. Welche Auswirkungen die jetzige Unterschutzstellung auf die geplante Schulerweiterung haben wird, kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Errichtung eines Containergebäudes zur Auslagerung von Schulklassen:

Momentan laufen die Planungen für die Sanierung des Turmgebäudes des Kaiserin-Friedrich-Gymnasiums. Während dieser Bauphase ist zur Auslagerung der dort untergebrachten Klassen u.a. geplant, auf dem Gelände des ehemaligen Bundesausgleichsamtes ein Schulcontainergebäude für eine temporäre Nutzung aufzustellen. Der Bauantrag für dieses Containergebäude wird zurzeit vorbereitet.

Nach Auskunft des Landesamtes für Denkmalpflege hat die Denkmaleigenschaft des Sanatoriums keine Auswirkungen auf die geplanten Containergebäude, da sich die Denkmaleigenschaft nicht auf das gesamte Grundstück, sondern lediglich auf die Altbauten des Sanatoriums sowie den diesen vorgelagerten Parkbereich erstreckt.

Herr Esser zieht den Änderungsantrag für die FWG-Kreistagsfraktion zurück.

2016/0232/KT/8

Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE

Vorbericht und Haushaltssicherungskonzept Haushaltsplan 2017

Beschlusstext

1) Im Vorbericht zum Haushaltsplan 2017 wird auf Seite 16 der vorletzte Satz („Es ist beabsichtigt, auch weiterhin eine Haushaltssperre auf freiwillige Leistungen sowie auf Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsvollzug auszubringen“) gestrichen.

2)

Im Haushaltssicherungskonzept 2017 wird auf Seite 22 der zweite und dritte Satz („Zusätzlich wurde auf die freiwilligen Leistungen im Haushaltsvollzug der Jahre 2011/2012 eine 20%ige in

den Jahren 2013-2016 eine 25%ige Haushaltssperre verhängt. Nur in begründeten Ausnahmefällen wurden bzw. werden Leistungen über diese Haushaltssperre erbracht.“) gestrichen.

Abstimmungsergebnis

Ja: GRÜNE (3), FDP (2), FWG (1)

Nein: CDU (6), SPD (3)

Enthaltung: AfD (2)

Der Antrag ist damit abgelehnt.

2016/0232/KT/15

**Änderungsantrag der Kreistagsfraktion GRÜNE
Haushaltssicherungskonzept - Maria-Ward-Schule
Betr: Auflistung der freiwilligen Leistungen, S. 6**

Beschlusstext

Der Kreisausschuss wird beauftragt, den Vertrag mit der Maria-Ward-Schule bzw. der Stiftung, die die Schule betreibt, zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen.

Herr Dießner erläutert den Änderungsantrag für die Kreistagsfraktion GRÜNE, der Antrag wird beraten.

Abstimmungsergebnis

Ja: GRÜNE (3)

Nein: CDU (6), SPD (3), FDP (2), AfD (2), FWG (1)

Enthaltung: ./.

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Nach der Beratung erfolgt die Abstimmung über das Haushaltssicherungskonzept.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3)

Nein: GRÜNE (3), AfD (2)

Enthaltung: FDP (2), FWG (1)

gefasster Beschluss

Das Haushaltssicherungskonzept ist beschlossen.

XI. Schlussabstimmung

Es folgt die Abstimmung über die Haushaltssatzung insgesamt sowie über die Anlagen zum Haushaltsplan 2017 unter Berücksichtigung der vorangegangenen Beschlüsse.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit den entsprechenden Anlagen an die gefassten Beschlüsse anzupassen und redaktionelle Korrekturen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis

Ja: CDU (6), SPD (3), FWG (1)

Nein: GRÜNE (3), AfD (2)

Enthaltung: FDP (2)

gefasster Beschluss

Die Haushaltssatzung sowie die Anlagen zum Haushaltsplan 2017 unter Berücksichtigung der vorangegangenen Beschlüsse sind beschlossen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan mit den entsprechenden Anlagen an die gefassten Beschlüsse anzupassen und redaktionelle Korrekturen vorzunehmen.

Entwurf der Haushaltssatzung in der Fassung der Beschlusslage des Haupt- und Finanzausschusses:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	416.711.200 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	416.318.380 €
mit einem Saldo von	392.820 €

im außerordentlichen Ergebnis

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 €
mit einem Saldo von	0 €

mit einem Überschuss von	392.820 €,
--------------------------	------------

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	15.811.337 €
---	--------------

und dem Gesamtbetrag der

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	20.601.420 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	41.235.440 €
mit einem Saldo von	-20.634.020 €

Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	20.634.020 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	21.516.354 €
mit einem Saldo von	-882.334 €
 mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von	 -5.705.017 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2017 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 20.634.020 € festgesetzt. Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds Abteilung B in Höhe von 1.000.000 € enthalten.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2017 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 116.097.200 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2017 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 170.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Der Hebesatz der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2017 wird für die kreisangehörigen Kommunen auf 41,77 v.H. festgesetzt. Für die Sonderstatusstadt Bad Homburg v.d. Höhe wird ein Hebesatz der Kreisumlage auf 40,06 v.H. festgesetzt.

Der Zuschlag zur Kreisumlage (Schulumlage) für das Haushaltsjahr 2017 wird für alle kreisangehörigen Kommunen auf 13,34 v.H. der Umlagegrundlagen festgesetzt.

Die Kreisumlage und die Schulumlage werden mit je einem Zwölftel der Jahresbeträge am 15. eines jeden Monats fällig. Bei Entrichtung der Kreis- bzw. Schulumlage nach dem Fälligkeitstag erfolgt eine Verzinsung gemäß § 54 des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz - FAG -).

§ 6

Es gilt der vom Kreistag als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan. Bei organisatorischen Änderungen oder kurzfristiger Übernahme neuer Aufgaben kann in erforderlichem Umfang vom Stellenplan abgewichen werden.

§ 7

Der vorherigen Zustimmung durch den Kreistag nach § 100 HGO bedürfen über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die den Betrag von 50.000 € überschreiten.

Über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen mit einem Betrag von über 25.000 € bis zu einem Betrag von 50.000 € entscheidet der Kreisausschuss.

Der Kreistag überträgt die Zuständigkeit für die Entscheidung über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen für einen Betrag von bis zu 25.000 € auf den Landrat.

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die sich aufgrund von Haushaltsausgaberesten des Jahresabschlusses 2016 ergeben, bedürfen keiner gesonderten Genehmigung.

§ 8

Für den Ergebnis- und Finanzhaushalt gelten die als Anlage zum Haushaltsplan beigefügten Deckungs- und Übertragbarkeitsvermerke.

Die Ausschussvorsitzende Frau Hahn weist darauf hin, dass die Änderungsanträge, die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses abgelehnt wurden, erledigt sind. Sie kommen nicht mehr im Kreistag zur Abstimmung, es sei denn, es wird explizit ein solcher Änderungsantrag erneut in die Kreistagssitzung eingebracht. Es wird gebeten, das Büro der Kreisorgane bis spätestens Mittwoch, den 14.12.2016 zu unterrichten, falls dies für einen Änderungsantrag beabsichtigt ist.

12. Verschiedenes

Herr Landrat Krebs berichtet ergänzend, dass der Wirtschaftsplan des Verkehrsverbandes Hochtaunus - Zweckverband – mit Datum vom 07.12.2016 vom Regierungspräsidium genehmigt wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, dankt die Ausschussvorsitzende Frau Hahn allen Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Birgit Hahn
Vorsitzende

Andreas Moskwa
Schriftführer